



Brüssel, 28. September 2010

Inge Gräßle (EVP/CDU)

"Der Steuerzahler muss wissen, was Europas Außenpolitik kostet"

Ausschüsse billigen Haushaltsordnung des Europäischen Auswärtigen Dienstes

Der Haushalts- und der Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments fordern mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht bei der Arbeit des künftigen Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD). Bei der gemeinsamen Abstimmung der beiden Ausschüsse über die durch die Errichtung der neuen Behörde nötige Abänderung der Haushaltsordnung forderte eine Mehrheit der Abgeordneten, die im EAD zu besetzenden Stellen müssten transparent aufgeschlüsselt sein. Zudem müssen die EU-Botschafter dem Europäischen Parlament jährliche Tätigkeitsberichte über die EU-Mittel vorlegen.

"Im Stellenplan für den EAD muss deutlich sichtbar sein, über wie viele Beamte der neue Dienst in welcher Gehaltsgruppe verfügt. Der Steuerzahler muss genau wissen, wie viel Europas Außenpolitik kostet", forderte die Berichterstatterin und Sprecherin der EVP-Fraktion im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments, Inge Gräßle (CDU).

Um Prioritätenkonflikte zwischen EU-Kommission und EAD bei der Vergabe von EU-Mitteln durch die EU-Botschaften zu vermeiden, soll künftig der Generaldirektor des EAD entscheiden, wie die umstrittenen Gelder ausgegeben werden sollen. Im Falle von finanziellen Unregelmäßigkeiten soll ein von der EU-Kommission eingesetztes Fachgremium ermitteln, dessen Empfehlungen über disziplinarrechtliche oder finanzielle Sanktionen die Hohe Vertreterin vollstreckt.

Zudem forderten die beiden Ausschüsse, dass der bisher rein zwischenstaatlich finanzierte Europäische Entwicklungsfonds als wichtigstes Finanzinstrument der EU für die Entwicklungszusammenarbeit mit den Staaten in Afrika, der Karibik und im Pazifik Teil des regulären EU-Haushalts wird.

Für weitere Informationen

Büro Inge Gräßle MdEP: Tel. +32 228 47868

EVP-Pressestelle, Lasse Böhm, Tel. +32 484 656 897